Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Mittwoch, den 4. Dezember 1878. Nr. 568.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

10. Sitzung vom 2. Dezember.

Präsident von Bennigsen eröffnet die Sitzung um 11 1/4 Uhr.

Derselbe macht dem Hause die Mittheilung von dem gestern Nachmittag 2 Uhr erfolgten Ableben der Abg. v. Bonin. Die Mitglieder des Hauses ehren das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen.

Vom Justizminister ist der Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Gerichtskostengesetz eingegangen.

Tagesordnung:

I. Fortsetzung der ersten Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend einige Abänderungen des Ressortverhältnisse der Ministerien der Finanzen, des Handels und der landwirthschaftlichen Angelegenheiten.

Abg. Dr. Miquel: Wir sind in eine eigenthümliche Diskussion hineingerathen. Die Staatsregierung ist unseren im Frühjahr ausgesprochenen Wünschen in allen Punkten entgegengekommen, wir finden uns über die Rechtsfrage mit der Regierung in vollem Einverständniß. Nun kommt der Abg. Gneist und erklärt, das ganze Gesetz sei nicht nothwendig und müsse abgelehnt werden, denn es verstößt gegen die Prärogative der Krone. Er regt hier einen Konflikt an und wünscht, um diesen Konflikt zu vermeiden, die Verweisung der Vorlage an die Budgetkommission. Wie der Abg. Gneist vom Standpunkt des Rechts zu einer solchen Konklusion kommen kann, ist mir völlig unverständlich. Ich möchte nicht gern auf die schriftstellerischen Leistungen eines Kollegen hier eingehen, namentlich auch deshalb nicht, weil der Kollege Gneist gestern das Gegentheil von dem ausgeführt hat, was in seiner Broschüre enthalten ist. (Große Heiterkeit.) Die Methode des Herrn Gneist führt zu Schlüssen. Diese Methode besteht darin, daß er einen Schlußsatz, der von zwei Voraussetzungen abhängt, künstlich und unbemerkt nur von einer Voraussetzung abhängig macht. Das ganze Buch des Abg. Gneist beruht auf diesen logischen Fehlschlüssen. Gewiß hat die Krone das Organisationsrecht, sofern nicht entgegenstehende Gesetze vorhanden sind, denn an diese ist auch die Krone gebunden. Aber eben so unbeschränkt ist das Haus in Bezug auf die Geldbewilligung. Wenn der Abg. Gneist die Rechte des einen Faktors in unserem Staatsleben anerkennen will, während er dem anderen das Recht einräumt, sein Siegel auf die Entschließungen des ersteren aufzudrücken, so leugnet er das ganze konstitutionelle Prinzip. (Sehr richtig.) Her Gneist macht aus einer einfachen Rechtsfrage eine Machtfrage, nicht gegen die Krone, sondern gegen das Herrenhaus. Wenn man ja oder Nein zu sagen hat, so dürfen wir nicht darauf sehen, ob dabei dem Herrenhause zu Gute kommen wird oder nicht. Wir müssen den Gesetzen des Landes entsprechend verfahren. Es ist uns hier, schließt Redner, eine Doktorfrage vorgelegt, die praktisch für die uns obliegenden Staatsgeschäfte gar keine Bedeutung hat, die aber doch insofern von Nutzen gewesen ist, daß sie endlich einmal gründlich und erörtert worden ist.

Abg. Dr. Hänel ist noch mehr erstaunt über die gestrige Debatte, als der Abg. Miquel, denn ihm sei das Buch des Herrn Gneist völlig unbekannt gewesen, er habe nur Andeutungen darüber den Zeitungen entnommen; er habe angenommen, sie seien, wie gewöhnlich, ohne Sachkunde und tendenziös geschrieben. Gestern seien aber so viele Argumente hier der Vorlage der Regierung entgegengestellt worden, daß er persönlich, der sich als Redner gegen der Vorlage habe einschreiben lassen, nunmehr gezwungen sei, Schulter an Schulter mit der Regierung zu marschiren. Er müsse anerkennen, daß das Ministerium völlig korrekt verfahren sei, daß es das Recht angenommen habe, eine Aenderung der Organisation sei ohne Zustimmung der Landesvertretung unmöglich. Es beständen ja dafür positive Bestimmungen in dem Gesetze über die Oberrechnungskammer. Die Staatsregierung habe nicht das Recht, irgend eine Aenderung im Etat zu treffen, wenn sie auch die bestimmte Summe innehalten will. Es sei vielmehr nothwendig, daß die bestimmten Summen auch für die bestimmten Zwecke verausgabt werden. Es sei das ganz positiver Rechtsgrundsatz, nicht ein theoretischer. Wenn es nur darauf ankäme, die bestimmten Summen innezuhalten, wie Herr Dr. Gneist meint, so könnten ja die Domänen und Forsten ohne Weiteres auf ein anderes Ministerium übertragen werden, denn hier sei eine Aenderung der Summe faktisch nicht vorhanden, daß dies aber die Regierung nicht dürfe, geht klar aus dem Oberrechnungskammer-Gesetz hervor. Redner erklärt sich sodann mit den Ausführungen des Abg. Miquel vollkommen einverstanden, bestreitet jedoch, daß man es hier mit einer bloßen Doktorfrage zu thun habe. Die grundlegende Organisation sei in Preußen durch Gesetz erfolgt und eine Aenderung derselben könne auch jetzt nur durch Gesetz erfolgen. Was die Vorlage selbst anlange, so unterscheide sich dieselbe wesentlich von derjenigen des Frühjahrs. Für ihn sei dieselbe von untergeordneter Bedeutung. Der Kernpunkt gegen die frühere Vorlage habe für ihn in der selbstständigen Kreirung eines Vicepräsidenten des Staatsministeriums gelegen. Es sei dies von prinzipieller Bedeutung, und zwar darum, weil die Einfügung eines selbstständigen Vicepräsidenten an dem doppelten Fehler leidet, weil dadurch das preußische Ministerium bis zu einem gewissen Grade desorganisirt und weil dadurch eine gesunde Verbindung zwischen der preußischen Regierung und dem Reiche nicht gewonnen worden. Er sei auch heute noch Gegner dieser Organisation, die ihm einer gewissen Verlegenheit entsprungen zu sein scheine, und von der Annahme, daß sie einer ruhigen, objektiven und dauernden Fortentwickelung unserer Organisation nicht förderlich sei.

Vice-Präsident des Staatsministeriums Graf zu Stolberg-Wernigerode weist den Vorwurf zurück, daß diese Organisation einer gewissen Verlegenheit entsprungen sei. Es sei dies eine irrthümliche Voraussetzung. Die Regierung sei mehr aus Zweckmäßigkeits- als aus prinzipiellen Gründen zu dieser Vorlage gelangt. Auch wolle er ausdrücklich erklären, daß die Regierung von dem Grundsatze ausgegangen, daß die Organisation der Behörden, hier speziell der Ministerialressorts, ein ausschließliches Recht der Krone ist. Der Vorwurf aber, der der Regierung gemacht worden, als sei durch diese Vorlage das Recht der Krone verletzt worden, sei in keiner Weise zutreffend. Redner führt sodann aus, daß sich diese Vorlage als eine Novelle darstelle zu den Gesetzen, in welchen bestimmten Ressorts bestimmte Befugnisse beigelegt worden sind.

Abg. Reichensperger (Olpe) hält es für äußerst schädlich, wenn Jemand aus dem Hause den Ministern vorwirft, sie verletzten die Rechte der Krone. (Sehr richtig.) Schon der Umstand, daß die Regierung den Gesetzentwurf vorgelegt, zeige, daß sie das Recht des Abgeordnetenhauses auf Regelung dieser Angelegenheit anerkenne. Eine Aenderung in den Ressortverhältnissen der Ministerien kann nur durch Gesetz erfolgen. Redner schließt sich in dieser Beziehung den Ausführungen Miquels und Hänels an und führt sodann weiter aus, die Verordnung vom Oktober 1810 auch wirk ein Gesetz sei.

Abg. v. Meyer-Arnswalde bedauert, daß die Regierung diese Vorlage in's Haus gebracht. Das ganze Haus sei mit den vorgenommenen Aenderungen einverstanden, denn dieselben seien nach allen Seiten vortheilhaft. Was aber die konstitutionellen Mittel betreffe, so überlasse er dieselben ruhig dem Fürsten Bismarck, der habe noch immer die richtigen Mittel gefunden. (Heiterkeit.)

Die Diskussion wird geschlossen und nach einigen persönlichen Bemerkungen der Abgg. Hänel und v. Zedlitz die zweite Berathung im Plenum des Hauses beschlossen.

II. Fortsetzung der Etatsberathung.

a. Landwirthschaftliche Verwaltung.

(Einnahme 2,498,000 M., dauernde Ausgaben 7,044,672 M.)

Bei Kap. 107 (Landwirthschaftliche Lehr-Anstalten) hebt Abg. Dr. Cohn die Mängel dieser Institute hervor und verlangt die Ueberführung dieser Lehr-Anstalten auf das Ministerium für die Unterrichts-Angelegenheiten. Eventuell stelle er den Antrag, die Kapitel 107—108 einer besonderen Kommission zu überweisen, welcher die Aufgabe zu stellen, zu prüfen, ob in der That die landwirthschaftlichen Schulen derart sind, daß sie beim landwirthschaftlichen Ministerium verbleiben müssen.

Abg. Schröder (Lippstadt): Das Haus habe keine Veranlassung, etwas, was in guten Händen sich befindet, herauszunehmen und in andere Hände zu legen. Die landwirthschaftlichen Schulen befinden sich zur Zeit in sehr guten Händen. Wenn die Leitung derselben dem Herrn Kultusminister übertragen würde, so läge die Befürchtung nahe, daß die Schulen sich auflösen würden in eine sogenannte allgemein höhere Bildung, unter welcher die Oberflächlichkeit und die Phrasenhaftigkeit bei uns eingeführt wird (Widerspruch links; Zustimmung rechts und im Centrum). Wir leiden an dieser allgemeinen höheren Fortbildung und in allen Fachwissenschaften können wir nicht mehr mitmarschiren. (Sehr richtig!) Ich wünsche, daß auch nicht ein Tropfen dieses Giftes in die landwirthschaftlichen Schulen übertragen wird. Bei dem Kultus-Etat wird es Ihnen nicht erspart bleiben, an einer Summe von Beispielen dargelegt zu sehen, welche großen Fehler auf diesem Gebiete gemacht worden sind.

Landwirthschaftsminister Dr. Friedenthal: Der erste Redner scheint nicht genau unterrichtet zu sein, sonst würde er diese Frage gar nicht angeregt haben. Ich habe in Bezug auf das landwirthschaftliche Schulwesen erklärt, daß sie wie die Ressorts gemeinschaftlich behandelt werden müsse. Es erscheint mir nicht die mindeste Veranlassung dafür vorzuliegen, eine Frage, die zur Zufriedenheit Aller gelöst ist, nochmals hier in Angriff zu nehmen. Ich muß daher dem Vorschlage des Abg. Cohn entschieden einen Widerspruch entgegensetzen. (Beifall.)

Abg. v. Benda: Die zur Diskussion stehenden Titel abzusetzen und die Berathung darüber mit §126a der Ausgaben (Gewerbliches Schulwesen) zu verbinden.

Abg. Miquel erklärt sich ganz entschieden gegen die Abtrennung der Fachschulen von den betreffenden Ministerien. Es sei dasjenige Ministerium, das den Gegenstand verwaltet, auch am besten geeignet, die Fachschule zu leiten. Das Kultusministerium sei in keiner Weise geeignet, Fachschulen zu verwalten, auch sei es vollständig richtig, daß man das Fachwesen über der s. g. allgemeinen höheren Bildung vollständig vergessen hat.

Der Antrag Benda wird hierauf angenommen und Tit. 3, Kap. 32 der Einnahmen, und Kap. 107 und 108 der Ausgaben von der heutigen Berathung abgesetzt.

Die übrigen Einnahme-Positionen werden bewilligt.

Bei Kap. 104 der Ausgaben (Ministerium) bittet Abg. Donalies um Auskunft über den Stand der vor einigen Tagen in der Provinz Preußen ausgebrochenen Rinderpest.

Landwirthschaftlicher Minister Dr. Frie… thal theilt mit, daß am 29 … Rinderpestfall in einer … statirt word…

…
d.
de
nu.

Beri
wirth
werbe
reien.
sicht ni.
werbe n
diese Ge
der Land
maßen nu
Abg.
die Anschau
der Ansicht
setze sogar d
uns verliehen,
her gekommen,
kirchlicher Bezie
nister für dre
wolle er nicht n
und seine Partei

abgekommen, daß er fürchten müßte, das Lob würde überaus ungeschickt ausfallen. (Große Heiterkeit.) Die Landwirthschaft, der über 3/4 der Bevölkerung angehöre, sei ein sehr nothwendiger Sport und in einigen Beziehungen, namentlich Betreffs der Finanzen, müsse der Staat der Landwirthschaft helfen.

Tit. 1 wird genehmigt.

Bei Tit. 2 erklärt Abg. v. Ludewig, daß das landwirthschaftliche Ministerium stets ein reges Interesse für die Landwirthschaft gezeigt habe, das Haus habe dieselbe aber immer stiefmütterlich behandelt. (Widerspruch.)

Kap. 105 und 106 werden bewilligt. Das Haus vertagt sich hierauf.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr.

Schluß 4 Uhr.

Deutschland.

** Berlin, 3. Dezember. Die der „Weser-Zeitung" telegraphirte Nachricht, daß beabsichtigt werde, den Reichstag Mitte Februar einzuberufen und daß darauf eine Nachsession des Landtages bevorstehe, ist vollständig aus der Luft gegriffen. In den hierfür maßgebenden Kreisen sind über diesen Gegenstand noch gar keine Erwägungen angestellt worden.

Durch allerhöchste Kabinetsorde vom 26. Mai ist die Diszilinarstrafgewalt und Gerichtsbarkeit über das Militärpersonal des deutschen Marinelazareths in Yokohama dem Befehlshaber der ostasiatischen Station übergeben worden.

Nachdem, wie bereits gemeldet, die Eisen-Enquete-Kommission am Sonnabend die Vernehmungen der industriellen Sachverständigen geschlossen hat, ist es die nächste Aufgabe der Kommission, das in den Vernehmungen gewonnene Material systematisch zu gruppiren. Diese Arbeit dürfte vier Wochen in Anspruch nehmen. Es wird alsdann dem Bundesrath, der die Kommission eingesetzt und an den dieselbe ihren Bericht zu erstatten hat, überlassen sein, für die Angelegenheit die weiteren gesetzlichen Wege anzuordnen. Es dürfte dahin auch die Frage gehören, ob das aus den Vernehmungen gewonnene Material der Oeffentlichkeit zu übergeben ist.

Provinzielles.

Stettin, 4. Dezember. Bilder aus der Stadtverordneten-Versammlung. Die gestrige Stadtverordneten-Versammlung … Besucher ein ganz überraschend… sonst ewig leeren Ru… und wied…

diesem Wunsche nicht nachgekommen. In Folge dessen brachte Herr R. Graßmann in der Versammlung selbst den formellen Antrag auf Vertagung der Debatte bis über eine Woche ein und genehmigte die Majorität der Versammlung, größere Rücksicht auf die Wünsche eines Kollegen nehmend, als der Herr Vorsitzende, nach nur kurzer Debatte diese Vertagung. Alle Zuhörer, welche also mit einigermaßen enttäuschten Erwartungen wieder fortgehen mußten, dürfen nur dem mangelnden Entgegenkommen des Herrn Dr. Wolff diesen ihren unnützen Gang zuschreiben.

Ueberhaupt ist Herr Dr. Wolff, von dem Standpunkte des unbetheiligten Zuschauers aus betrachtet, doch mit der eigenthümlichste Vorsitzende, den wohl die Stettiner Stadtverordneten-Versammlung je gesehen hat. Es kann ja keinem Zweifel unterworfen sein, daß Herr Dr. Wolff es gut meint, und die Debatte möglichst zu fördern sucht. Aber diese gute Absicht allein macht eben noch keinen guten Präsidenten. Zu einem solchen fehlen Dr. Wolff zwei der nothwendigsten Eigenschaften: kaltes Blut und ein gut Theil Höflichkeit. Denn was zunächst das Erste anlangt, kaum meldet sich ein Redner zum Worte, der vielleicht nicht ganz der Meinung des Herrn Dr. Wolff oder mit dessen Geschäftsführung nicht einverstanden ist, so bemächtigt sich eine gewisse unruhige Erregung des Vorsitzenden, er findet an den Worten des Redners allerlei „unverständlich", „unerfindlich", „unersehbar", wie die drei Lieblingsworte des Vorsitzenden für solche Fälle lauten, und daß selbst in einem Falle, wo Herr Dr. Wolff, wie z. B. gestern dem Herrn Dr. Meyer gegenüber, dessen Meldung zum Worte ersterer übersehen hatte, im entschiedensten Unrecht war. Noch unleidlicher wird dieser Mangel an Kaltblütigkeit, wenn Herr Dr. Wolff sich dazu hinreißen läßt, einem seiner kommunalen Gegner in's Wort zu fallen und denselben beliebig zu unterbrechen. Derlei Unterbrechungen möchten wohl in keinem Parlament geduldet werden, und daß um so weniger, als es auf den unbetheiligten Zuhörer doch den Eindruck macht, als ob die Unterbrechungen des Herrn Dr. Wolff, wenn auch unwillentlich, doch etwas einseitig ausfallen. Als gestern der Herr Oberbürgermeister Haken in seiner letzten Rede den jedenfalls unpassenden Ausdruck „Angeklagter" brauchte — denn es handelt sich bei diesem Gegenstande nicht um eine Anklage, sondern um eine einfache Verhandlung, eben so wie die Stadtverordneten-Versammlung nicht ein Richter-Kollegium und am wenigsten eines in seiner eigenen Angelegenheit ist — da unterbrach Herr Dr. Wolff den Herrn Oberbürgermeister nicht. Wäre das Wort von gegnerischer Seite gefallen, wäre das Unpassende desselben wohl kaum ohne Rüge geblieben! Ja Herr Dr. Wolff legt sich selbst leider keineswegs die Schranken der Rede auf, die er von seinen Gegnern fordern zu müssen glaubt; in seiner gestrigen Rede scheute er sich keineswegs, einem derselben „Verdächtigungen" vorzuwerfen. Nun, was dem Einen recht ist, wird auch dem Anderen billig sein, also entweder gleiche Strenge oder gleiche Freiheit auf beiden Seiten; immer gleichbleibende, gleichmessende, kaltblütige Leitung der Debatte, ohne jede, wenn auch unwillentliche Einseitigkeit. Sonst könnten wir hier einmal das Schauspiel erleben, daß ein Mitglied der Versammlung auch seinerseits sein Recht, welches ihm die Geschäftsordnung giebt, vollständig wahrt und bei ähnlichen Aeußerungen des Herrn Dr. Wolff nicht mehr oder minder als einen Ordnungsruf gegen den Vorsitzenden der Versammlung selbst beantragt. So unangenehm das Dilemma sich dann gestaltet, würde die Versammlung doch eben so wenig wie in bereits vorliegenden Fällen, das Gericht sich ihrer Pflicht entziehen können.

Ueberhaupt hatte Herr Dr. Wolff gestern keinen guten Tag. Wir wissen nicht, war es die bereits mit Phosphor geschwängerte Gewitterluft, die in dem Saale sich entladen sollte oder etwas Anderes, was ihn dazu veranlaßte, auch einem großen Theile der Zuhörer eine verletzende Aeußerung zuzuwerfen. Man wirft bekanntlich dem früheren Lenker des französischen Staates, dem Herzog von Broglie, vor, daß, wenn er mit drei Leuten auf der Straße zusammen spräche, er sicherlich zwei Feinde hinterlasse. Ungefähr ebenso ging es gestern Herrn Dr. Wolff. [illegible] er nicht fünf Minuten gesprochen, verließ der größte Theil der Zuhörer den Saal, auf's Aeußerste gegen ihn erbittert. Herr Dr. Wolff erlaubte sich nämlich die Bemerkung: „Die Ausführungen des Herrn Graßmann hätten vielfach, aber nur in den untersten Schichten" (sic!) der Bevölkerung Glauben gefunden. Nun weiß so ziemlich Jeder, daß keineswegs nur die untersten Schichten der Bevölkerung, sondern daß die ganze Bürgerpartei die Anschauungen des Herrn Graßmann über die ungünstige finanzielle Lage der Stadt Stettin theilt. Diese Aeußerung konnte daher keinen anderen Sinn haben, als die gesammte Bürgerpartei zu den untersten Schichten der Bevölkerung schieben zu wollen. Nun gehören aber zu derselben doch sehr viele Herren, die nicht nur dieselben, sondern sehr viel höhere Steuern zahlen, als Herr Dr. Wolff, die ihm an Bildung nicht nachstehen und ihm vielleicht an Höflichkeit sogar über sind. Es erscheint daher doch etwas [illegible], wenn Herr Dr. Wolff von seinem Standpunkte aus die sämmtlichen Herren zu den „untersten Schichten der Bevölkerung" rechnen zu können meint. Der Unwille, den diese Aeußerung hervorrief, war daher durchaus berechtigt. Unfehlbar ist eben auch der Vorsteher unserer Stadtverordneten-Versammlung nicht und [illegible] sicherlich am schlechtesten.

Am würdigsten vertrat vielleicht das Ansehen der Versammlung gestern Herr [illegible] mit

etwas höflichen Worten den Gedanken umschrieb, daß es sich mit dieser ganzen Verhandlung kaum um etwas anderes, als um eine Hetze gegen Herrn R. Graßmann handele, und der die Versammlung bat, im Interesse ihrer eigenen Würde von einem solchen Vorgehen abzustehen. Wer die Kritik einer Zeitung nicht vertragen könne, tauge eben überhaupt nicht dazu, ein öffentliches Amt zu bekleiden. Obgleich die Worte des Herrn Piest großen Eindruck machten, ist die Sache schon leider zu verfahren, um noch rückgängig gemacht werden zu können.

Stettin, 4. Dezember. Bekanntlich werden die Mitglieder der Ober-Ersatz-Kommissionen von den Provinzial-Landtagen gewählt. Hieraus folgerte die Staatsregierung bisher, daß die Provinzial-Verwaltungen auch die Reisekosten und Diäten an jene Mitglieder zu zahlen hätten. Mehrere Provinzial-Verwaltungen lehnten dies ab, weil die Funktionen jener Mitglieder lediglich solche seien, welche im Staatsinteresse vollzogen werden. Durch eine Petiton der Landesdirektoren der Provinzen Preußen und Pommern und mehrerer Provinzial-Ausschüsse gelangte die Sache zur Verhandlung im Abgeordnetenhause, welches am 9. Januar d. J. die Regierung ersuchte, jene Kosten bis auf Weiteres aus der Staatskasse zu bestreiten. Die Regierung hat nun dem Abgeordnetenhause mitgetheilt, daß sie dem Beschluß entsprochen habe. Die Provinzial-Behörden seien angewiesen worden die Tagegelder und Reisekosten für die bürgerlichen Mitglieder der Ober-Ersatz-Kommission bis auf Weiteres auf Staatsfonds anzuweisen.

— Der Superintendent Lengerich in Demmin ist von der theologischen Fakultät zu Greifswald zum Doktor der Theorie honoris causa ernannt worden.

— Durch Verfügung der Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten und für Handel vom 27. v. Mts. sind die Tage des hier stattfindenden Wollmarktes vom nächsten Jahre ab in Verbindung mit den Märkten in anderen Städten dahin regulirt, daß der Markt am 16. und 17. Juni stattfindet.

— Am 30. November, Morgens zwischen 8 und 9 Uhr, wurden dem Arbeiter Eichberg in Unter-Bredow, Rosenstraße Nr. 8, aus verschlossener Wohnung zwei Taschenuhren gestohlen. An der einen Uhr befand sich eine Haarschnur mit goldenem Schieber.

— Der Handlungsdiener Paul Johann Mentel aus Schönfließ N.-M. wurde vor einiger Zeit von einem Buchhandlungs-Reisenden als Kolporteur engagirt und wurde ihm das „höchst spannende" Werk „Die Geheimnisse eines Fürstenhauses" übergeben, um darauf Abonnenten zu sammeln. Zugleich erhielt er die zu diesem Werke gehörigen „werthvollen" Gratisprämien, bestehend in einer Broche mit Ohrgehängen und einem Medaillon, zum Vorzeigen eingehändigt. Wahrscheinlich waren nur Wenige auf die „Enthüllung der Geheimnisse des Fürstenhauses" neugierig und Mentel fand nur wenig Abonnenten. Deshalb kam er am 10. November zu dem Friseur Voß hierselbst und bot die Gratisprämien als echtes Gold für 30 Mk. zum Kauf aus. Es stellte sich aber heraus, daß die werthvollen Prämien unecht waren und höchstens einen Werth von 5—6 Mark hatten. Deshalb war Mentel heute vor der Kriminal-Deputation des Kreisgerichts wegen versuchter Unterschlagung und versuchten Betruges angeklagt und wurde zu 3 Wochen Gefängniß verurtheilt.

Stralsund, 3. Dezember. Die gestrige Mittheilung, daß beide in der Sonntagsnacht durch Kohlendunst vergiftete Fischer sich außer Gefahr befänden, hat sich leider nicht bestätigt, indem der eine, Fischer Benz, noch gestern im Stadtlazareth an den Folgen der Vergiftung gestorben ist. —

Theatralische Weihnachtsbescheerungen.

Frühjahrslüfte und krampfhaftes Wiedererwachen der bereits in den Winterschlaf verfallenen Vegetation lassen kaum den Gedanken an das vor der Thüre stehende holde Weihnachtsfest aufkommen. Das Brummen der papiernen „Waldteufel" und das stereotype Ausbieten der „Ziehfiguren" vermag nicht in den Herzen der lieblichen, bescheidenen Kinderwelt jene freudige Hoffnung und bange Erwartung zu beleben, die sie erfüllt, wenn hartgefrorener Schnee die Straßen und Dächer bedeckt und jene armen kleinen Ausrufer mit erstarrten Fingern und stampfenden Füßen sehnsüchtigst Straß' auf, Straß' ab laufen, jeden vorüber huschenden Passanten innigst anflehend, ihnen Verdienst zu gewähren. Sie betteln ja nicht, die dürftig gekleideten Buben und Mädchen, sie bitten ja nur, ihnen für den billigen Satz von zehn Pfennigen etwas abzukaufen. Doch es gelingt ihnen so selten, den flüchtigen Fuß des schnell Dahineilenden zu hemmen. Wohl gäbe er gerne ein Almosen, aber er scheut, die Hand der wärmenden Umhüllung zu entziehen, um jene unscheinbare Münze seiner Börse zu entnehmen. O, wüßte er, wie sehr das durch die traurigen elterlichen Verhältnisse zum Stumpfsinne so leicht hinneigende Kinderherz durch sein kleines Opfer erfreut und menschlich gerührt würde! Doch diese Tage sind noch nicht gekommen, noch hat der Pelz sein Regiment nicht angetreten. Nur zwei untrügliche Thatsachen beweisen, daß wir in der Adventszeit leben. Ein Blick auf den Kalender, der, unbekümmert um den Stand des Thermometers, in ewig gleichbleibender Ruhe uns die vorschreitenden Tage des Dezembers anzeigt und ein prüfender Blick in — das Theater.

Wohl niemals weist ein Theater größere Menge an leeren Plätzen auf, als in den letzten Wochen vor Weihnachten. Das allgemeine Gerücht geht behauptend dahin, daß die beliebten Plauder-Abend-Stündchen der jungen Damen, in denen hin und wieder auch ein klein wenig an Weihnachtsarbeit gedacht wird, angenehmer und interessanter sein sollen, als die Zuschnahme geistig anregender Speise. Wir selbst müssen es fast glauben, da uns die Erfahrung gelehrt hat, daß trotz regelmäßiger, ausgedehnter Arbeitskonferenzen der strickenden, häkelnden und stickenden Damen die Weihnachtsarbeiten schließlich dadurch die größte Ueberraschung ausüben, daß sie zu dem „heiligen Abend" meist nicht fertig geworden sind. Die Mütter glauben sich von ihren Wirthschaftsgeldern in dieser Zeit möglichst viel absparen zu müssen, um zum Bescheerungsabend ein recht großes Quantum Konfitüren und Biscuits vorzeigen zu können, das für spätere Tage ihnen selbst zur Vertreibung der langabendlichen Langeweile dienen muß. Die Herren Väter wissen nun ihrerseits nicht, was sie beginnen sollen. Die Heiligkeit des trauten Familienlebens darf ausnahmsweise angetastet werden, denn in keinem Zimmer findet er ungestörte Ruhe zum Lesen oder Rauchen, weil er selbst als Störenfried eintritt. Dort jagen ihn die schürzverdeckten Hände einer ängstlich um sich blickenden zärtlichen Tochter aus der Stube, hier tönt ihm ein schmollendes: „Ach, lieber Mann, was willst Du hier! Geh' doch ein wenig aus!" entgegen. So verfällt der überflüssige Mann-Hausrath auf den kühnen Gedanken der Bachushuldigung und weiß sich, vermöge der Berede- und Berauschungskunst seiner Leidensgenossen, darin auch bald recht wohl zu fühlen. So kommt es, daß die Hallen des Musentempels leer stehen, trotzdem hinter den Lampen das Leben ebenso frisch pulsirt, als ehedem. Hoffentlich wird die diesjährige Saison aber darin eine rühmliche Ausnahme machen. Unser Theater stand bereits vorher mehr als nothwendig leer und wäre es in der That lebhaft zu bedauern, wenn dieser Indifferentismus nicht endlich einmal aufhören wollte. Zumal werden uns durch die Rührigkeit und die bewundernswerthe Ausdauer der Direktion Genüsse geboten, die dazu angethan sind, von einem Jedem gekostet zu werden.

Von größter Bedeutung dürfte zunächst das am Montag, den 9. Dezember, stattfindende einmalige Gastspiel des Cellisten Adolphe Fischer aus Paris sein. Nach allen uns vorliegenden Berichten aus Dresden, Prag, Leipzig 2c. haben wir es mit einem Künstler von Gottes Gnaden zu thun. Gleich Sarasate bis vor Kurzem fast unbekannt, hat er, wie dieser, auf seiner Gastspieltour ungeheuren Beifall und staunenerregende Sensation hervorgerufen. Sein Instrument soll der Künstler mit einer Fertigkeit und Virtuosität beherrschen, die überall geradezu entzückende Wirkung verübte. Es kann bei dem einmaligen Auftreten des Herrn Fischer das Interesse auf ihn nicht genug hingelenkt werden, da seine Person und Kunst zu hoch steht, um einer niedrigen Reklame zu dienen. Am Tage zuvor wird das schon längere Zeit in Vorbereitung begriffene Bubenstück „Max und Moritz" in Scene gehen. Die Günther'sche Bearbeitung der bekannten Dichtung von Wilhelm Busch ist allerliebst und wird das Stück, dessen Inscenirung reiche Dekorationen erheischt, sicher bei Klein und Groß gefallen und besonders der jüngeren Schuljugend reichliche Gelegenheit zu herzhaftem Lachen geben. Die Titelrollen Max und Moritz ruhen in den Händen der beiden beliebten Naiven, Frl. Hennies und Frl. Picker, und glauben wir schon deshalb an einen unterhaltenden Abend. Derselbe gestaltet sich noch dadurch zu einem vielseitigen, daß außer jener Komödie noch die reizende Eckstein'sche Dichtung „Der Besuch im Carcer" zur Aufführung gelangt. Der kommende Sonntag-Abend möchte mithin ein höchst anmuthiger werden! Schon in kürzester Zeit steht uns dann ferner die Gelegenheit bevor, Herrn Direktor Varena in dem gern gesehen Shakespeare-schen „Viel Lärm um Nichts" brilliren zu sehen. Bei der Partnerschaft des Frl. Friedhoff ist eine nach jeder Richtung hin vorzügliche Aufführung zu erwarten. In der Mitte der nächsten Woche wird darauf die hier im besten Andenken stehende Hofschauspielerin Frl. Anna Haverlandt aus Berlin ihr Gastspiel eröffnen und steht uns, sofern die hiesige peinliche Censur nicht wieder ein Veto ausspricht, die Aufführung von Willbrandt's „Arria und Messalina" bevor. Die Krone der künstlerischen Bietungen wird schließlich in dem am 15. Dezember beginnenden Gastspiel des Herrn Friedrich Haase liegen. Was Friedrich Haase für Stettin ist, wissen unsere verehrten Leser genügend. Besonders erwähnenswerth erscheint uns sein Auftreten im „Kaufmann von Venedig", ohne damit seine kleinen Glanzpartien wie „Eine Partie Picket", „Die beiden Klingsberg" 2c. zu vergessen. Nach Beendigung dieser hochinteressanten Gastspiele wird alsdann das überall mit großem Beifall aufgenommene neue Lustspiel von L'Arronge, „Doctor Klaus", mit Herrn Varena in der Titelrolle in Scene gehen. Wir glauben, daß selten eine so große Fülle künstlerischer Genüsse in so knapper Zeit geboten wurde und leben wir daher der freudigen Hoffnung, daß unser Publikum den Werth dieser theatralischen Weihnachtsbescheerung zu würdigen wissen wird und den heimischen wie fremden Künstlern dadurch ein Weihnachtsgeschenk erweist, daß es fortan fleißiger in das Theater geht.

H. v. R.

Vermischtes.

— (Aus der Kinderstube.) „Nun, Jeanne, was hast Du diese Woche gelernt?" — „O Mama, so langweilige Dinge, daß ich nie, gar nie daran denken mag!"

Literarisches.

Die Grandidiers. Ein Roman aus der französischen Kolonie von Julius Rodenberg. 3 Bände. Preis broschirt 10 M.; fein gebunden 13 M. — Dieser Roman, mit welchem Julius Rodenberg nach längerer Pause wieder vor das Publikum hintritt, zeigt uns den Dichter von seinen besten Seiten. Er giebt ihm Gelegenheit, seine Vorliebe für das heimathlich oder familienhaft Umschränkte in einer Reihe höchst unterhaltender, bald ernster, bald heiterer und komischer Scenen des täglichen Lebens zu zeigen. Eine Familie der sogenannten französischen Kolonie zu Berlin bildet den Mittelpunkt und ihr Haus den Schauplatz des Romans. Die Luft der Zeit, welche noch in unser Aller Gedächtniß lebt, weht in dem Roman; sein Hintergrund ist Berlin und unter seinen Figuren wird man Typen des Berliner Lebens erkennen. Aber Charaktere wie das Ehepaar Grandidier, wie Glöcklin, wie Bärbel und Eduard, Alphons und Helene sind es zumeist, welche dem neuen Roman Rodenberg's seine tiefe Wirkung verbürgen. Man wird das Buch nicht lesen ohne jenes Gefühl von Befriedigung, welches die Bekanntschaft mit edlen und sympathischen Menschen in uns erzeugt, und es nicht schließen ohne jene Anwandlung von Wehmuth, welche der Abschied von solchen Naturen in uns zurückläßt.

Telegraphische Depeschen.

Neustadt a. S., 3. Dezember. Bei der heute stattgehabten Neuwahl eines Abgeordneten zum Reichstage für den hiesigen vierten unterfränkischen Wahlkreis wurde der Kandidat der Klerikalen, Bürgermeister Reichert aus Großeibstadt, mit 9387 Stimmen gewählt. Von den liberalen Gegenkandidaten erhielt Berlenz 2992 Stimmen, von Stein 2612 Stimmen.

Koburg, 3. Dezember. Die Herzogin von Edinburg ist heute Mittag von hier nach Stuttgart abgereist und begiebt sich von dort nach London.

Karlsruhe, 3. Dezember. Der Kaiser machte gestern Nachmittag mit der Großherzogin eine Spazierfahrt. Heute Abend um fünf Uhr findet große Hoftafel statt, nach derselben Konzert und Hoftheater.

Wien, 3. Dezember. Die amtliche „Wiener Zeitung" veröffentlicht ein Handschreiben des Kaisers an den Minister-Präsidenten Fürsten von Auersperg, durch welches der Reichsrath zur Wiederaufnahme seiner Thätigkeit auf den 10. d. Mts. einberufen wird.

Pest, 3. Dezember. Die Reichsraths-Delegation hielt bei der Berathung des Marinebudgets gegenüber den von der ungarischen Delegation meistens höher bewilligten Tit. in ihre niedrigeren Positionen aufrecht.

Bern, 3. Dezember. In der heutigen Sitzung des Nationalraths wurde im 6. Wahlgange Roemer aus Zürich (Centrum) mit 68 Stimmen gegen Künzli (radikal), welcher 58 Stimmen erhielt, zum Präsidenten gewählt. Zum Vicepräsidenten wurde Künzli mit 63 Stimmen gegen Weck (Centrum), 51 Stimmen, gewählt.

Brüssel, 3. Dezember. Nachdem die Plaidoyers in dem Prozesse T'Kint-Fontamps beendigt waren, zogen sich die Geschworenen heute Vormittag um 11 Uhr zur Berathung zurück. Vor dem Justizpalaste hatte sich eine so große Menschenmenge eingefunden, daß einige 100 Gendarmen und Polizeibeamte dorthin beordert werden mußten, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Der Eintritt in den Justizpalast ist untersagt.

Rom, 3. Dezember. Anläßlich einer gestern in Mailand zu Gunsten des gegenwärtigen Ministeriums stattgehabten Demonstration spricht sich das Journal „Diritto" mißbilligend über solche außerparlamentarische Agitation aus, hebt hervor, daß über die Thaten des Ministeriums nur dem Parlamente ein Urtheil zustehe.

Das Journal „Nuova antologia" veröffentlicht einen von Luzzatti verfaßten Artikel, in welchem dieser nachzuweisen sucht, daß die Erneuerung der europäischen Handelsverträge in Gefahr schwebe. Ein Theil der Verantwortung hierfür entfalle auf England, das im Jahre 1877 die versöhnlichen Anträge Leon Say's zurückgewiesen habe. Das Verhalten Italiens sei loyal gewesen.

Bukarest, 3. Dezember. Der türkische Delegirte der Organisations-Kommission für Rumelien, Abro Effendi, hatte in der Kommission gewisse Erleichterungen für die Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimath vorgeschlagen, was jedoch, wie verlautet, auf den Widerspruch des russischen Delegirten stieß, welchen derselbe damit motivirte, daß es überhaupt außerhalb der Kompetenz der Kommission liege, sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Abro Effendi hat sofort an seine Regierung berichtet.

Konstantinopel, 3. Dezember. An Stelle Hassan Paschas ist der Muschir Izzet Pascha, welcher kürzlich den Aufstand in Kozan niedergeworfen hat, zum General-Intendanten der ottomanischen Armee ernannt worden.

120,000 Kilo Heu, welche das Kriegs-Ministerium in St. Stefano nahe an der Vertheidigungslinie angehäuft hatte, sind gestern ein Raub der Flammen geworden.

Konstantinopel, 3. Dezember. Der deutsche Botschafter Graf Hatzfeld hat Namens seiner Regierung dem Großvezir im Verlauf einer mit demselben gehabten Konferenz dringend gerathen, die griechische Frage mit thunlichster Beschleunigung und im Sinne des Artikels 24 des Berliner Vertrages zu erledigen.

Wie bestimmt verlautet, hat sich England nun doch noch entschlossen, an der Mediation in der griechischen Frage theilzunehmen. In Folge dessen hat gestern ein außerordentlicher Ministerrath unter dem Vorsitz des Sultans stattgefunden.